

Sonntag, 16.11.2008

WESTPOL

jeweils sonntags 19.30 - 20.00 Uhr

Archiv

Kampf gegen Kinderpornografie

Provider sollen zur Sperrung von Seiten verpflichtet werden

Es gibt immer mehr Kinderpornografie im Internet. Im Kampf dagegen fordern Bundeskriminalamt und Kinderschutzorganisationen jetzt schärfere Maßnahmen: Die deutschen Provider sollen per Gesetz verpflichtet werden, Internetseiten mit Kinderpornografie zu sperren.



Immer mehr solcher Bilder finden sich im Internet

Es ist abartigster, widerlichster Schmutz: Pädophile Kriminelle finde zigtausend solcher Bilder im Internet. Der Zugang sei kein Problem, kritisieren Kinderschützer. "Es ist nach wie vor irre leicht, an kinderpornografisches Material zu kommen. Ich muss im Prinzip nur auf die bekannteste Suchmaschine gehen, zwei Begriffe eingeben und schon bin ich nach zwei Klicks in ziemlich hartem Material gelandet", sagt Julia von Weiler vom Netzwerk "Innocence in Danger".

Polizei fordert Zugangssperre

Mehrere zehntausend Zugriffe gibt es allein aus Deutschland auf solche kinderpornografische Angebote - und das Tag für Tag. Das Problem: Die Server mit kinderpornografischem Material stehen irgendwo im

Ausland und sind damit sicher vor deutschen Behörden. Die Polizei fordert deshalb, den Zugriff auf diese Seiten zu sperren. Der Vorgang nennt sich Access-Blocking. "Hier geht es einfach darum, Straftaten zu verhindern. Und da ist es legitim und sogar verpflichtend im Zuge der Gefahrenabwehr alles dafür zu tun, dass solche Zugänge gesperrt werden", fordert Wilfried Albishausen vom Bund Deutscher Kriminalbeamter.

Internet-Branche weigert sich



Tatort Internet: Die Kriminalität im Netz nimmt zu









Beim Access-Blocking werden die Internetanbieter, die sogenannte Provider, gesetzlich verpflichtet, den Zugriff auf kinderpornografisches Material zu sperren. Technisch ist das mittels elektronischer Filter seit einiger Zeit machbar. Doch die Internet-Branche weigert sich beharrlich, solche Zugangssperren freiwillig einzurichten. Schließlich seien die Provider nur der unbeteiligte Vermittler. Die Branche sieht sich wie ein Postbote, der Angebote aus dem Netz zum Kunden bringt. "Sie können den Briefträger nicht dafür verantwortlich machen, dass er ihnen Post zustellt mit strafbarem Inhalt. Genau muss man den Provider sehen, der ihnen den Zugang zum Internet vermittelt, der dann aber nichts anders macht, als ihre Informationen, ihre IP-Paketchen durch die Weltgeschichte schaukelt. Den interessiert nicht, was drin ist. Das hat ihn auch nicht zu interessieren", unterstreicht Harald A. Summa vom Verband der deutschen Internetwirtschaft.

Gesetzliche Regelung erforderlich

"Wenn Internet-Service-Provider quasi die Beihilfe zu kriminellen Handlungen als Äußerungen von Meinungsfreiheit verstehen, dann haben wir ein grundsätzliches Problem", kritisiert Julia von Weiler vom Netzwerk "Innocence in Danger". Die Internet-Branche aber argumentiert mit den Kosten: "Dieser technische Aufwand kostet natürlich Geld. Es ist jetzt nicht so, dass da mal einer an einem Schräubchen drehen muss. Sondern dass muss organisiert sein", sagt Harald A. Summa vom Verband der deutschen Internetwirtschaft.

Auch die NRW-Justizministerin fordert eine gesetzliche Regelung: "Wir müssen, um unsere Kinder zu schützen, mit allen Mitteln gegen Kinderpornografie vorgehen. Und weil Kinderpornografie jetzt vor allem im Internet verbreitet wird, muss man dagegen auch mit gesetzlichen Mitteln vorgehen", sagt Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU).

Mehr zum Thema

-  [Kinderpornografie im Internet](#)
ARD Ratgeber Recht
-  [FAQ Kinderpornografie](#)
Infos des Landeskriminalamts NRW
-  [FSM - Freiwillige Selbstkontrolle für Multimediaanbieter](#)
Homepage des eingetragenen Vereins
-  [Meldestellen für Kinderpornografie im Internet](#)
Netz gegen Kinderpornos
-  [Innocence in Danger](#)
Ziele der internationalen Organisation
-  [N.I.N.A](#)
Nationale Infoline, Netzwerk und Anlaufstelle zu sexueller Gewalt an Mädchen und Jungen
-  [Gegen Pädosexuelle im Internet - Materialien, Medien, Literatur](#)
Liste der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW
-  [Youth Protection Roundtable](#)
Projekt im Rahmen des Safer Internet Action Plans der EU-Kommission (engl.)

Beitrag als webTV

-  [Kampf gegen Kinderpornografie](#)

<http://www.wdr.de/themen/global/webmedia/webtv/getwebtvextrakt.phtml;jsessionid=3NXAUF5M3AUWECQKYXEUTIQ?p=10&b=201&ex=2>